

Beschluss Humusaufbau zur Co2 - Reduzierung

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Humus ist überwiegend direkt oder indirekt durch abgestorbene Pflanzen im Boden
2 gespeicherter Kohlenstoff. Bei nicht-wassergesättigten Böden gilt: Je mehr
3 organische Masse auf den Flächen verbleibt oder aufgebracht wird und je weniger
4 der Boden durch Bearbeitung durchlüftet wird, desto höher der Kohlenstoffgehalt.
5 Nicht nur aus unseren Mooren, die bei Wassersättigung nicht durchlüftet werden
6 und deshalb in Jahrtausenden starke Humusschichten ausbilden konnten, haben wir
7 sehr viel Humus verloren und als CO₂ in die Luft freigesetzt: Durch
8 Grünlandumbruch, durch Maisanbau für Biogas oder durch das Auseinanderfallen von
9 Tierhaltung und Pflanzenproduktion.

10 Nicht nur aus Klimaschutzgründen bzw. zur Speicherung von CO₂ im Boden ist es
11 notwendig, den Humusanteil unsres Bodens auch außerhalb von Mooren wieder zu
12 erhöhen. Humose Böden speichern mehr Wasser, sind besser vor Erosion geschützt
13 und sind biologisch aktiver.

14 Die Humusanreicherung in Böden ist eine aktive Klimaschutzleistung der
15 Landwirtschaft und muss deshalb auch entsprechend honoriert werden. Deshalb
16 fordern wir:

17 1. Im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene:

- 18 • Grundsätzliche Anforderungen des Schutzes und Aufbaus von Humus im Oberboden,
19 wie eine mindestens 4-gliedrige Fruchtfolge, eine möglichst ganzjährige
20 Bodenbedeckung und das Verbot des Umbruchs von Dauergrünland als Bedingung ür
21 Direktzahlungen an die Landwirtschaft zu definieren.
- 22 • Einen deutlich höheren Anteil der Agrarfördermittel für Programme bereit zu
23 stellen, mit denen über die grundsätzlichen Anforderungen hinausgehende
24 Maßnahmen zum Humusaufbau honoriert werden können. Die konkrete Ausgestaltung
25 der Programme muss von den Regionen – in Deutschland von den Bundesländern
26 vorgenommen werden.

27 2. Vom Land, spätestens ab der kommenden Förderperiode der gemeinsamen
28 Agrarpolitik:

- 29 • Über bestehende Programme wie der Förderung des ökologischen Landbaus hinaus,
30 insbesondere für konventionell wirtschaftende Betriebe Förderprogramme zu
31 erarbeiten, die dem Aufbau von Humus dienen: Das können z.B. Agroforstsysteme
32 oder die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland sein
- 33 • Zusätzlich über konkret definierte Maßnahmen hinaus Anreize zu setzen, die den
34 nachgewiesene Aufbau von Humus im Oberboden honorieren, ohne vorzugeben, wie
35 diesese genau zu geschehen hat.

Beschluss Tourismusland Niedersachsen stärken- prädikatisierte Kommunen nachhaltig unterstützen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Das Land Niedersachsen erfreut sich als Tourismusdestination großer Beliebtheit.
2 Um die gute Nachfrage zu erhalten und weiterhin attraktiv zu bleiben, ist es
3 unverzichtbar, dass die Tourismuskommunen kontinuierlich in ihre Infrastruktur,
4 die
5 während der Saison manchmal von doppelt so vielen Gästen wie Einwohner:innen in
6 Anspruch genommen wird, investieren. Dieses wird angesichts der erwarteten
7 schwierigeren Haushaltslage in zahlreichen Kommunen immer problematischer,
8 zumal Einnahmen aus Gästebeiträgen, Tourismusbeiträgen und anderen Beiträgen
9 laut NKAG nur für bestimmte Zwecke eingesetzt werden dürfen.

10
11 Gerade die prädikatisierten Tourismuskommunen müssen einen hohen Aufwand
12 betreiben, um regelmäßig die Anforderungen des Landes Niedersachsen für das
13 jeweilige Prädikat zu erfüllen.
14 Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen haben frühzeitig erkannt, dass eine
15 nachhaltige positive Entwicklung des Tourismus ohne Unterstützung der
16 Tourismuskommunen gefährdet ist. Nachdem entsprechende Forderungen in das
17 Landtagswahlprogramm Eingang gefunden hatten, wurden auch Vereinbarungen in
18 den Koalitionsvertrag mit der SPD aufgenommen. Dort heißt es:
19 „Wir werden die Tourismusförderung weiterhin sicherstellen. Dabei wollen wir die
20 Spielräume für eine ganzheitliche Förderung schaffen, indem wir gezielter
21 Fördermittel der EU und des Bundes einwerben.

22
23 Unsere Tourismuskommunen wollen wir finanziell besser ausstatten und dabei ein
24 besonderes Augenmerk auf die zertifizierten Tourismuskommunen legen.“
25 Für das Haushaltsjahr 2024 haben die Fraktionen von SPD und Grünen über die
26 technische Liste des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr,
27 Bauen und Digitalisierung 2 Millionen
28 Euro in den Landeshaushalt eingestellt, die einen ersten
29 Schritt zur Unterstützung der prädikatisierten Tourismuskommunen darstellen.
30 Auf Grund der geringen Summe konnten diese Mittel bisher ausschließlich den
31 hochprädikatisierten Kommunen zu Gute
32 kommen, nicht aber den prädikatisierten, die ebenfalls erhebliche
33 infrastrukturelle Mehrkosten auf Grund des Tourismus haben.

34
35 Die LDK Celle erkennt die ersten Schritte der rot-grünen Landesregierung zur
36 Unterstützung der zertifizierten Tourismuskommunen an. Sie fordert darüber
37 hinaus eine Möglichkeit zur Förderung aller vom Niedersächsischen Ministerium
38 für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung prädikatisierten
39 Tourismuskommunen in Niedersachsen sowie eine deutliche Anhebung der dafür
40 bereit gestellten Landesmittel.

Beschluss Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im (Vereins-)Sport

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen übernehmen das von der
2 Landesarbeitsgemeinschaft Sport am 24.10.2024 beschlossene Positionspapier
3 "Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im (Vereins-)Sport":

4 Der Rechtsextremismus versucht mit seiner menschenverachtenden Ideologie in die
5 Breite der Gesellschaft vorzudringen und verzeichnet nicht nur ausweislich der
6 Zustimmung zur AfD dabei inzwischen beträchtliche Erfolge. Dabei versuchen die
7 Rechtsextremen zumindest in der alten Bundesrepublik weitgehend auf eine
8 gewaltvolle Raumnahme und Einschüchterung zu verzichten. Vielmehr verfolgen sie
9 eine Strategie des „Wolfs im Schafspelz“ und dringen so zunächst in Vereine vor
10 oder nutzen bestehendes Engagement, um ihre Ideologiefragmente einzuspeisen.

11 Der Vereinssport ist immer schon ein Querschnitt der Gesellschaft gewesen und
12 soll es auch bleiben. Vereine fördern die Gemeinschaft, bilden Vielfalt ab und
13 funktionieren primär durch sehr starkes ehrenamtliches Engagement. Um einen
14 Querschnitt der Gesellschaft darstellen zu können, ist und bleibt es wichtig,
15 unterschiedliche, auch widerstreitende Meinungen in Vereinen abzubilden,
16 auszuhalten und zu diskutieren. Das heißt aber auch, die Grenzen zu definieren
17 und zu verteidigen, wo ein Meinungsbeitrag oder Grundeinstellungen in
18 menschenverachtende, antisemitische, queerfeindliche und vor allem
19 verfassungsfeindliche Positionen abdriften. Diese können und dürfen auch in
20 unseren Sportvereinen keinen Platz haben! Kein Platz für Rassismus braucht nicht
21 nur das Bekenntnis, sondern muss auch aktiv gelebt werden. Die Neue Rechte
22 versucht aber eben jene rassistischen, menschenfeindlichen, chauvinistischen
23 Ideologiefragmente langsam zu normalisieren. Dabei verhilft es den Akteur*innen
24 zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz, wenn sie nicht nur von der
25 sprichwörtlichen Außenlinie in das Geschehen einzugreifen versuchen, sondern
26 wenn sie dabei mit auf dem Platz stehen.

27 Die Neue Rechte als („intellektueller“) Versuch, den Rechtsextremismus zu
28 modernisieren, tritt dabei längst nicht mehr so brachial auf, wie die
29 Bomberjacken- und Springerstiefel-Neonazi der Neunziger Jahre, sondern er gibt
30 sich bürgerlich, engagiert, mitfühlend, kümmernd, bedacht. Durch sportliches wie
31 ehrenamtliches Engagement in den Vereinen versuchen Akteur*innen der Neuen
32 Rechten als die Guten, die Engagierten und die Helfen gesehen zu werden. Dabei
33 muss klar sein: Egal wie viel Engagement eine Person bringt, es macht kein
34 menschenverachtendes Weltbild gut! Bei allen Herausforderungen, vor denen der
35 Sport und die Sportvereine stehen, Ehrenamt, FSJ, Altersstruktur usw., dürfen
36 wir es dennoch nicht zulassen, dass radikal Rechte, menschenfeindliche
37 Positionen über den Vereinssports normalisiert werden können.

38 Mahnen kann uns hier die Geschichte: Die von der Diskriminierung, Ausgrenzung
39 und tödlichen Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Sport, die Stadien der DDR
40 als jene Orte, an denen schon in den 80er Jahren Hitlergruß und Sieg Heil rufe
41 aufkamen, rechter Kampfsport, der für den Tag X vorbereitet. Der Vereinssport

42 darf kein Katalysator der Rechten werden, im Gegenteil. Vereinssport ist
43 schließlich eine wichtige Schule der Demokratie: Sport sei, so der
44 österreichische Journalist Wolfgang Weisgram, der kleine Bruder der Demokratie.
45 „Ein jüngerer, etwas verschrobener, jedenfalls verspielter und zuweilen
46 ordentlich über die Stränge schlagender Bruder.“ Aber, „beide spielen nach
47 denselben Regeln.“ Die Vermittlung von Fairness und Respekt, Teamplay und
48 Rücksichtnahme, aber auch Wettbewerb, der Kampf um Millimeter, Sekunden, die
49 größere Zahl auf der Anzeigentafel & nicht zuletzt die Sozialisation im Verein
50 und in Verbänden. Mitbestimmung, formell, informell. Keine Macht den Drogen,
51 Nazis raus aus den Stadien, pro Anti-Rassismus. (Vereins-)Sport ist Schule, ist
52 Partner im Kampf um eine wehrhafte Demokratie! Wir müssen uns radikal rechten
53 Ideologie entschlossen entgegenstellen, die demokratischen Brandmauern
54 verteidigen und unsere Vereine schon jetzt vor einer potenziellen Übernahme
55 schützen!

56 Und weil der Kampf gegen rechte Vereinnahmung nicht allein einer der wehrhaften
57 Einstellung ist, sondern auch ein ganz praktischer sein kann, gilt es die
58 Instrumente klar zu haben. Das schärfste Schwert eines jeden Vereins ist dessen
59 Satzung. Und an genau dieser muss angesetzt werden. Viele Vereine führen schon
60 jetzt in ihrer Satzung einen Paragraphen in welchem sie sich offiziell als
61 überkonfessionell und/oder unpolitisch bzw. neutral positionieren. Dabei: Anders
62 als bei Fragen des Glaubens kann und darf es keine Neutralität gegenüber unserem
63 Grundgesetz geben, keine Neutralität gegenüber den Feinden unserer Verfassung.
64 So richtig es ist, sich als Sportverein parteipolitisch neutral aufzustellen, so
65 falsch wäre es, bei der Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie an der
66 Seitenlinie zu stehen. Hier gehören, ohne die Vereine politisieren zu wollen,
67 die Sportverein mitten auf den Platz, auf die Matte, in die Halle, ins
68 Vereinsheim und in den Mannschaftsbus.

69 Mit diesem Selbstverständnis, das wir als grüne LAG gern unterstützen wollen,
70 schützen sich die Vereine davor, von Rechtsaußen missbraucht zu werden. Dazu ist
71 eine Satzungsänderung, welche rassistische und weitere menschenfeindliche
72 Positionen ausschließt, nicht nur ein gut gangbarer Weg, sondern mutmaßlich ein
73 zwingend notwendiger! Denn über solche Satzungen können alle Vereinsmitglieder
74 ein gutes Rüstzeug und Rückenwind für Debatten bekommen und Menschen, welche
75 durch menschenverachtende Positionen auffallen, in letzter Konsequenz auch aus
76 dem Verein ausgeschlossen werden. Denn ein Verein sollte immer ein Ort für alle
77 sein. Niemand darf aufgrund seiner Konfession, Herkunft, Sexualität o.ä.
78 ausgeschlossen werden.

79 Selbstwirksamkeit, Demokratie lernen, Respekt und Resilienz, Integration und
80 Diversität sind und bleiben selbstverständlicher Teil des Breiten- &
81 Spitzensports.

82 Ein Beispiel für eine solche Satzungsergänzung findet ihr hier: Der Verein
83 verhält sich parteipolitisch und konfessionell neutral und steht zur
84 freiheitlich demokratischen Grundordnung. Er bekennt sich zu den Grundsätzen der
85 Menschenrechte. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen
86 Bestrebungen, sowie diskriminierenden oder menschenverachtenden
87 Verhaltensweisen, insbesondere aufgrund der Nationalität, Abstammung, ethnischer
88 Zugehörigkeit, Religion, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Identität
89 oder einer Behinderung aktiv entgegen.

90 Verantwortung tragen muss aber auch das Umfeld der Vereine. Schließlich sind
91 Vereine immer auch Teil einer gesamten Öffentlichkeit und natürlich auch
92 vielfältig eng mit der Öffentlichkeit verwoben und mit Fördermittelgebenden und
93 Unterstützungsnetzwerken verbunden und natürlich auch professionell organisiert.
94 Seitens der Politik, des Landessportbundes, Sponsorenetzwerken etc. kommt auch
95 diesen der Auftrag zu, in den Vereinen wortwörtlich nach den Rechten zu sehen,
96 um so ausschließen zu können, dass rechtsextreme Netzwerke aus ihren Mitteln zu
97 finanziert werden. Diese klare Haltung dann auch so öffentlich zu kommunizieren,
98 ist dabei von großer Bedeutung. Dabei bleibt die beschriebene Problematik, dass
99 eine solche Einmischung rechtsextremer Akteur*innen oft recht unauffällig
100 passiert. Deshalb ist eine Überprüfung und Ablehnung von privaten
101 demokratiefeindlichen Sponsorengeldern dringend erforderlich, umso eine dadurch
102 entstehende Abhängigkeit zu unterbinden. Eine Information an den Landessportbund
103 durch den Vereinsvorstand kann dazu beitragen auch andere Vereine vor möglicher
104 rechter Einflussnahme zu schützen. Die Positionierung des Landessportbundes
105 Niedersachsen zum „Umgang mit antidemokratischen, populistischen und
106 extremistischen Parteien, Gruppierungen, und Akteurinnen und Akteuren“ vom
107 21.02.2024
108 (https://www.lsbniedersachsen.de/fileadmin/daten/bilder/Presse/LSB_SJ_Positionie-
109 [-rung.pdf](https://www.lsbniedersachsen.de/fileadmin/daten/bilder/Presse/LSB_SJ_Positionie-rung.pdf)) unterstützen wir ausdrücklich. Wir möchten den Landessportbund darin
110 bestärken, die dort beschlossenen Maßnahmen auch noch stärker in die Breite bzw.
111 in die Vereine zu tragen. Hier gilt es, auf allen Ebenen eng und intensiv
112 zusammenzuarbeiten und bei Auffälligkeiten sofort Konsequenzen zu ziehen.

113 Insgesamt bleibt eines klar: Wir müssen alle gemeinsam darauf achten, dass
114 Sport-(Vereine) nicht von Rechtsextremen unterwandert oder beeinflusst werden,
115 um über diese hoch anerkannten, bestens vernetzten und integrativ wirkenden
116 Strukturen in die Breite der Gesellschaft vorzudringen. Menschenhass gehört in
117 das Abseits gestellt, jederzeit, unmissverständlich und konsequent. Hierfür
118 müssen wir alle frühzeitig warnen, aufklären und vorbereiten. Wir handeln
119 gemeinsam für Vielfalt und Toleranz, damit unser Sport weiter als Schule der
120 Demokratie, als Motor der Integration und als Ort von Vielfalt funktioniert und
121 offen für alle bleibt!

Beschluss Qualzucht-Kommission für Heimtiere gründen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Das Qualzuchtevidenznetzwerk (QUEN) wurde für seine Arbeit 2024 mit dem
2 niedersächsischen Tierschutzpreis ausgezeichnet und erhielt eine weitere
3 Förderung vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium für die Erstellung
4 von Merkblättern für erblich bedingte Erkrankungen bei einigen besonders
5 beliebten Hunderassen. Die Merkblätter sind als sachverständige Gutachten vor
6 Gericht anerkannt.

7 Wir, Bündnis 90/Die Grünen, fordern die zusätzliche Einrichtung einer Qualzucht-
8 Kommission (zunächst) für Heimtiere beim niedersächsischen Ministerium für
9 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML), um den für die
10 Durchsetzung des Qualzuchtverbots aus dem Tierschutzgesetz zuständigen
11 Veterinärämtern unabhängige wissenschaftlich begründete Expertise dauerhaft und
12 verlässlich zur Verfügung zu stellen.

13 Dabei sollen

- 14 1. die bereits erarbeiteten fachlichen Grundlagen des
15 Qualzuchtevidenznetzwerks (QUEN) dauerhaft integriert werden,
- 16 2. die bisherige unabhängige wissenschaftlich begründete Expertise weiter
17 durch die Besetzung mit anerkannten Fachwissenschaftlern sichergestellt
18 werden und
- 19 3. eine technische Unterstützung der fachlichen Arbeit durch eine
20 Geschäftsstelle erfolgen.

Beschluss Die Sanierung des Westschnellwegs Hannover zur Blaupause für Partizipation und integrierte Verkehrsplanung machen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Planungsprozess für das Planfeststellungsverfahren zur Sanierung des
2 Westschnellwegs in Hannover hat begonnen. Er ist Teil des Schnellwegsystems der
3 Landeshauptstadt, und muss wie andere Straßen und vor allem Brücken in
4 absehbarer Zeit saniert werden. Um Planungen zu verhindern, die als Grundlage
5 keinem definierten Ziel zukünftiger Mobilität unterliegen, müssen von Anfang an
6 klare Rahmenbedingungen und eine Zieldefinition geschaffen werden. Andernfalls
7 besteht die Gefahr, dass durch eine als Sanierung deklarierte Maßnahme ein
8 faktischer und fehlgesteuerter Ausbau dieser Stadtautobahn in einem dicht
9 besiedelten Gebiet erfolgt.

10 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich bei der
11 Landesregierung und insbesondere dem Niedersächsische Ministerium für
12 Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung dafür ein, dass...

- 13 • die überregionale Bedeutung des Westschnellwegs überprüft wird:
14 Es soll eine unabhängige Evaluierung stattfinden, ob die Einstufung als
15 überregionale Verkehrsachse gerechtfertigt ist oder ob eine Umwidmung z.B.
16 zur Stadtstraße erforderlich ist.
- 17 • die Planungen ausgerichtet sind an den Zielen des
18 Verkehrsentwicklungsplans 2035+ der Region Hannover und nicht an
19 Verkehrsprognosen ohne Zielsetzungen:
20 Die Planungen müssen sich nach den gesetzten Zielen einer zukünftigen
21 Mobilitätsentwicklung richten, wie sie z.B. im Verkehrsentwicklungsplan
22 der Region Hannover 2035+ und dem Ziel der Klimaneutralität im
23 Verkehrssektor sowie den Verlagerungszielen hin zu mehr Bus, Bahn, Rad-
24 und Fußverkehr beschreiben werden. Der Einfluss von geplanten ÖPNV- und
25 Radverkehrsförderung sowie Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung müssen in die
26 Planung einfließen.
- 27 • der Beteiligungsprozess demokratisiert, frühzeitig und transparent
28 beteiligt und geführt wird:
29 Der bestehende Bürgerrat und das Dialogforum müssen verbindlich in den
30 Entscheidungsprozess eingebunden werden. Eine professionelle, unabhängige
31 Begleitung muss gewährleistet werden.
32 Alle Planungsvarianten und Gutachten müssen öffentlich zugänglich gemacht
33 werden. Die frühzeitige Beteiligung von Umwelt- und Verkehrsverbänden muss
34 sichergestellt werden. Stellungnahmen des Beteiligungsgremiums müssen in
35 den Planungen berücksichtigt und öffentlich beantwortet werden. Der
36 Entscheidungsspielraum darf sich nicht auf Details einer Planung
37 beschränken.
- 38 • die Sanierung folgender Priorisierung unterliegt:
39 Ein Ausbau auf Autobahnstandard oder eine Verbreiterung der Fahrbahnen

40 wird abgelehnt.
41 Verkehrssicherheitsmaßnahmen sollen vorrangig durch intelligente
42 Verkehrsführung, Kontrollen, Tempolimits und Fahrbahnoptimierungen
43 erfolgen, anstatt durch eine Kapazitätserweiterung.
44 Die Bedarfe des Stadtbezirkes wie mehr Grünflächen und weniger Barrieren
45 sind Leitlinien der Planungen.

Beschluss Koalitionsvertrag im Bereich Kultur weiter umsetzen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Mit dem Antrag „Kultur in Niedersachsen stärken“, den wir bei der letzten LDK
2 in Gifhorn einstimmig angenommen haben, wurde von uns ein erstes Bekenntnis zu
3 einer vielfältigen und kraftvollen Kultur gegeben. Nun gilt es, diesem
4 Bekenntnis weitere Schritte folgen zu lassen, denn wahr ist auch, dass viele der
5 im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele noch nicht erreicht sind und auch nicht
6 erreicht werden, wenn wir sie jetzt nicht mit viel Energie angehen.
- 7 Deshalb müssen wir dringend konkret werden.
- 8 1. Wir fordern die Landtagsfraktion auf, die Erarbeitung eines
9 Kulturentwicklungsplans in Zusammenarbeit mit den Kulturakteur*innen im
10 Land zu unterstützen und die Weiterentwicklung der Förderinstrumente
11 voranzutreiben.
 - 12 2. Wir fordern die Landtagsfraktion außerdem auf, zu prüfen, in welcher Weise
13 eine verlässliche Kulturförderung erreicht werden kann trotz des immensen
14 Spardrucks. Insbesondere soll geprüft werden, ob dem Kulturfördergesetz
15 eine Präambel vorangestellt werden kann, die eine feste Mindestprozentzahl
16 vom Gesamthaushalt für den Kulturbereich definiert.

Beschluss Verbesserung der Rechte und Einbringungschancen von Studierenden in Niedersachsen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1. Gleichstellung ausbauen und Diskriminierung vorbeugen

Demokratische Mitbestimmung in der Hochschulpolitik kann nur dann gelingen, wenn alle Statusgruppen gleichermaßen Gehör finden. Die derzeitige Praxis, dass in vielen Hochschulgremien alle Statusgruppen außer den Hochschullehrer*innen in wichtigen Entscheidungen übergangen werden können, wird unserer Demokratie und Mitbestimmungsverständnis nicht gerecht. Wir fordern auf Basis der rechtlichen Lage, die studentische Mitbestimmung strukturell zu fördern und Gremien Statusgruppen demokratischer zu gestalten.

Hochschulen als Wissenschaftsstandorte leben von vielfältigen Perspektiven. Die Hochschule stellt einen schätzenswerten Diskursraum für unsere demokratische Gesellschaft dar. Wissenschaftsfreiheit gerät immer stärker unter Druck, wie auch derzeit in den USA zu beobachten. Wir stehen ein für Hochschulen als Räume für einen konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs.

Die Auswirkungen internationaler Krisen und Konflikte auf deutsche Hochschulen sind deutlich spürbar. Damit Hochschulen ein Ort für alle sein können, brauchen sie die nötigen Ressourcen, um auf die daraus entstehenden Konflikte innerhalb der Hochschule reagieren zu können.

Gleichstellungsbeauftragte und Antidiskriminierungsstellen leisten wertvolle Arbeit an den Hochschulen und sind in Zeiten eines drohenden gesellschaftlichen Rollbacks zu stärken, nicht zu schwächen. Beide möchten wir darum mit erweiterten finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten, damit sie ihre Arbeit gut leisten können. Gleichstellungsarbeit ersetzt keine speziell geschulte und mit Kompetenzen versehene Antidiskriminierungsarbeit. Beide Bereiche sind wichtig für Intersektionalität an unseren Hochschulen.

2. Studieren nicht zur Armutsfalle machen

Bildung muss ein Grundrecht sein und darf keine finanziellen Hürden aufwerfen oder gar zum Armutrisiko werden.

Langzeitstudiengebühren verschärfen soziale Ungleichheit. Besonders betroffen sind Studierende aus nicht privilegierten Familien, die Pflegearbeit leisten, psychisch erkrankt sind oder neben dem Studium arbeiten. Viele Bundesländer haben Langzeitstudiengebühren abgeschafft – Niedersachsen sollte folgen.

Kurzfristig fordern GRÜNE Niedersachsen die Verlängerung des Studienguthabens und die Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements gemäß §12 Abs 3 Satz 1 Nr 4-5. Langfristig fordern wir die niedersächsische rot-grüne Landesregierung auf, ihren Koalitionsvertrag umzusetzen und die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren umzusetzen. Außerdem fordern wir die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags und dessen mögliche positive Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort Niedersachsen zu prüfen.

3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Studierende

Kaum Studierende können von dem Leben, was sie durch Bafög oder Unterstützung der Eltern bekommen und gehen daher einer Nebenbeschäftigung parallel zum

42 Studium nach. Viele Studierende gehen prekären Beschäftigungen nach und leisten
43 einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben als Servicekräfte,
44 Pflegehilfskraft oder in der Logistik. Wir fordern darum, den Mindestlohn in
45 Deutschland gemäß der europäischen Mindestlohnrichtlinie endlich anzupassen.
46 Auch die Arbeitsbedingungen für studentische Mitarbeitende an Hochschulen müssen
47 deutlich verbessert werden. Der Stundenlohn für studentische Hilfskräfte muss
48 dauerhaft an gestiegene (studentische) Lebenshaltungskosten angepasst werden.
49 Daher stellen wir uns solidarisch an die Seite von ver.di und TVStud.

Beschluss Sondervermögen sinnvoll einsetzen: Verkehrswende, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und Klimaschutz statt Autobahn- und Straßenneubau

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt den Beschluss
2 des Bundestages und des Bundesrates zur Änderung des Grundgesetzes und
3 Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben.

4 Insbesondere zu begrüßen ist der Beschluss zur Einrichtung eines Infrastruktur-
5 Sondervermögens in Höhe von 500 Mrd. Euro sowie die Erweiterung des
6 Finanzierungsspielraums der Länder. Dies entspricht zentralen finanzpolitischen
7 Forderungen der GRÜNEN u.a. im vergangenen Bundestagswahlkampf.

8 Auch der Beschluss zur erleichterten Finanzierung von Ausgaben für Verteidigung
9 und äußerer Sicherheit sowie zur Unterstützung angegriffener Staaten ist in
10 dieser weltpolitischen Lage nur zu unterstützen.

11 Insgesamt versetzen uns die Beschlüsse endlich in die Lage, endlich zu beginnen,
12 den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitions- und Modernisierungstau
13 aufzulösen. Sie entsprechen dem Investitionsbedarf von rund 600 Milliarden Euro,
14 den das Institut der Deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr errechnet hat -
15 vor allem für die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, Verkehrswege mit
16 Schwerpunkt Schiene und die Dekarbonisierung der Industrie.¹

17 Der grünen Bundestagsfraktion ist es durch ihre harte Verhandlungsstrategie
18 gelungen, den Klimaschutz mit 100 Mrd. Euro hinterlegt als Zweckbestimmung zu
19 verankern. Nicht zuletzt sichert dies auch die Zukunft wichtiger
20 Transformationsprojekte wie zum Aufbau einer klimaneutralen Stahlproduktion bei
21 der Salzgitter AG. Grünem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Kredite in
22 zusätzliche Zukunftsinvestitionen fließen werden und nicht der Finanzierung
23 schwarz-roter Wahlgeschenke dienen.

24 Dabei kritisieren wir sehr deutlich, dass wir solche weitreichenden Beschlüsse
25 nun unter höchstem Zeitdruck und in einem bereits abgewählten Bundestag treffen
26 mussten. Dies liegt ausschließlich in der Verantwortung der Union und der FDP,
27 die sich bis zur Wahl - und in Teilen darüber hinaus - den finanzpolitischen
28 Realitäten nicht stellen wollten. Dem Land und der öffentlichen Debatte haben
29 beide Parteien damit schwer geschadet.

30 Spielräume für Zukunftsausgaben nutzen

31 Nicht vergessen werden darf, dass es sich bei dem zusätzlichen Spielraum um
32 Kredite handelt, die von zukünftigen Generationen zu tragen sein werden. Deshalb
33 steht es aus grüner Sicht außer Frage, dass dieser Spielraum ausschließlich für
34 Maßnahmen genutzt werden darf, von denen zukünftige Generationen einen konkreten
35 Nutzen haben werden.

36 Ein großer Teil der beschriebenen Investitionsbedarfe liegt im Bereich der
37 kommunalen Infrastruktur. Die Kommunen, die in den vergangenen Jahren sehr unter
38 der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu leiden hatten, müssen in jedem Fall

39 angemessen an den neuen, zusätzlichen Spielräumen beteiligt werden. Auch der
40 Bund wird dies stärker als bisher geplant berücksichtigen müssen.

41 Für uns steht die klimagerechte Sanierung der öffentlichen Infrastruktur im
42 Zentrum, die Förderung der klimaneutraler Industrien, Bildung und Gesundheit.
43 Auf keinen Fall dürfen die Mittel in Bereiche und Industrien fließen, die den
44 Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen und bisherige, nicht
45 zukunftsfähige Entwicklungen zementieren. Eine Mittelverwendung für den
46 Straßenneubau, insbesondere den Neubau und Ausbau von Autobahnen und
47 Bundesstraßen lehnt der Landesverband ab.

48 Dabei wollen wir den doppelten Nutzen dieser großen Infrastrukturprogramme
49 nutzen, um durch die öffentliche Nachfrage gezielt grüne Leitmärkte für
50 nachhaltig erzeugte Industriegüter zu schaffen. Wir selbst haben es in der Hand,
51 dass Produkte wie grüner Stahl kurzfristig und bereits vor dem Inkrafttreten
52 eines CO₂-Grenzausgleichs wirtschaftlich werden. So kann aus diesem
53 Infrastrukturprogramm auch ein grünes Konjunkturprogramm werden, um gute
54 Arbeitsplätze und nachhaltige Wertschöpfung langfristig zu sichern.

Beschluss A 39 stoppen!

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Wir Grüne Niedersachsen stellen uns klar gegen den Autobahneubau der A 39
2 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Der Neubau widerspricht den bundesdeutschen
3 Klimaschutzziele, durchschneidet einen der größten zusammenhängenden Naturräume
4 in Deutschland und mehrere Natura-2000- und Naturschutzgebiete, zerstört
5 wertvolle landwirtschaftliche Fläche und steht für eine falsche
6 Prioritätensetzung bei der Ausgestaltung eines zukunftsfähigen
7 Verkehrsinfrastruktursystems.

8 Die A 39 würde bei einer Realisierung die dritte Nord-Süd Verbindung zwischen
9 der A 7 und der im Bau befindlichen A 14 bedeuten. Der vollständige Ausbau der
10 vorhandenen Bundesstraße 4 zu einer 2 plus 1 Straße ist eine sinnvollere,
11 kostengünstigere, rascher realisierbare sowie natur- und klimafreundlichere
12 Alternative zur A 39.

13 Sanierung vor Neubau – Mittel gezielt einsetzen:

14 Deutschland hat einen massiven Sanierungsstau bei seinen Verkehrswegen. Rund 400
15 Brücken an Bundesfernstraßen in Niedersachsen sind sanierungsbedürftig, davon
16 rund 150 Brücken in einen sehr kritischen Zustand. Dafür braucht es neben
17 ausreichend Finanzmitteln vor allem auch Personalkapazitäten bei der Planung und
18 Umsetzung.

19 Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Priorisierung von Sanierung und
20 Erhalt vor Neubau. Gleichzeitig fordern wir den niedersächsischen
21 Verkehrsminister auf, bei der neuen Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die
22 Sanierung maroder Infrastruktur oberste Priorität hat und alle weiteren
23 Planungen für Autobahneubauten eingestellt werden.

24 Für Neubau der A 39 gibt es nach Kriterien des Verkehrsministeriums keine
25 Rechtfertigung mehr.

26 Während Bundesverkehrsministerium und Autobahn GmbH weiterhin planen wie eh und
27 je, sprechen immer mehr harte Fakten gegen die A 39: Das Projekt wird ständig
28 teurer, nun weist die Verkehrsprognose für 2040 gar deutlich weniger Kfz-
29 Bewegungen auf dieser Strecke aus als bisher angenommen. Beides sind belegte
30 Aussagen des BMDV.

31 Der vermeintliche „Nutzen“ und die stetig steigenden Kosten stehen – selbst mit
32 der von uns Grünen hinterfragten Berechnungsmethode des BMDVs – nicht mehr im
33 Verhältnis: die Kosten übersteigen den vermeintlichen Nutzen dramatisch – das
34 hat das BMUV kürzlich veröffentlicht.

35 Mehr Bahn statt Autobahn!

36 Mit der grünen Beteiligung im Bund haben wir 2023 den Finanzierungskreislauf
37 Straße beendet und verwenden nun einen wesentlichen Anteil der Einnahmen aus der
38 LKW-Maut für die Schiene. Unter Beteiligung der Grünen in der Bundesregierung

39 wurde erheblich mehr in die Schiene – und erstmalig auch mehr als in die Straße
40 investiert. Das war die Konsequenz der Ampel-Verabredung von 2021, bis 2030 die
41 Verkehrsleistung in Personenschienenfernverkehr zu verdoppeln und den
42 Schienengüterverkehrsanteil auf 25 % zu erhöhen. Um auf dem Weg dorthin weitere
43 Fortschritte zu erzielen, braucht es weiterhin verlässlich hohe Finanzmittel.

44 Gemeinsam für Klimaschutz und zukunftsfähige Mobilität:

45 Wir Grüne Niedersachsen sind an der Seite der Umwelt- und Naturschutzverbänden
46 sowie zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich seit über 20 Jahren erfolgreich
47 gegen den Bau der A39 wehren.

48 Gegen den Planfeststellungsbeschluss in Abschnitt 1 (Lüneburg) und Abschnitt 7
49 (Gifhorn) hat der BUND Klage eingereicht, um rechtlich klären zu lassen, ob der
50 Bau generell – oder in der geplanten Form – überhaupt rechters ist. Wir
51 unterstützen diese Klage.

52 Wir Grüne wollen die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den
53 Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichten: Während unser Schienennetz
54 deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz
55 bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt
56 Neubau. Dazu braucht es einen integrierten Bundesmobilitätsplan, der Basis für
57 eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist.

58 Wir fordern den Bundesverkehrsminister und die künftige Bundesregierung auf:

- 59 • den Neubau der A 39 nicht weiter zu verfolgen, das Projekt aus dem
60 Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zu streichen und dem Bundestag ein
61 aktualisiertes Fernstraßenausbaugesetz vorzulegen;
- 62 • bei Straßen den Erhalt und die Sanierung klar zu priorisieren – sowohl bei
63 der Bereitstellung von Mitteln als auch hinsichtlich von
64 Personalkapazitäten;
- 65 • bei der Schiene ausreichend Geld bereitzustellen für Sanierung, Erhalt,
66 Reaktivierung, Digitalisierung, Barrierefreiheit, Aus- und Neubau, um die
67 Kapazitäten auf der Schiene deutlich zu erhöhen;
- 68 • einen Bundesmobilitätsplan zu entwickeln, der die Einhaltung der
69 europäischen und deutschen Klimaziele im Verkehrssektor gewährleistet.